

## Presseinformation

Nr. 134 / 2014

Kiel, Donnerstag, 20. März 2014

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Gymnasien

### Dr. Ekkehard Klug: Weshalb soll Schleswig-Holstein in der Bildungspolitik ein sozialdemokratisches Albigistan bleiben?

Zur heutigen Plenarbefassung mit der Gesetzesinitiative der FDP-Fraktion zur Wiedereinführung der gymnasialen Wahlfreiheit erklärt der Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Für SPD, Grüne und SSW in Schleswig-Holstein ist die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 an Gymnasien seit eh und je Teufelszeug.

Aber seit 2010/11 als wir in Schleswig-Holstein mit Einführung dieser Wahlfreiheit bundesweit als erste diesen Weg beschritten haben – den die Küstenampel unmittelbar nach dem Beginn ihrer Regierung wieder versperrt hat – sind uns andere Bundesländer gefolgt:

- Das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen hat, wenn auch sehr zaghaft, Schulversuche in Sachen G 9 ermöglicht;
- Das grün-rot regierte Baden-Württemberg ist danach sehr viel beherzter in die gleiche Richtung marschiert, und gerade für die Sozialdemokraten konnten gar nicht genug Gymnasien zu G 9 zurückkehren;
- In Bayern hat SPD-Spitzenkandidat Christian Ude die Einführung der Wahlfreiheit in Sachen G8/G9 an Gymnasien zum zentralen bildungspolitischen Thema seiner Partei gemacht; nach der bayerischen Landtagswahl zeigt nun auch die CSU in dieser Sache Bewegungsbereitschaft.
- In Hessen hat SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Schäfer-Gümbel die Rückkehr zu G9 an Gymnasien zum Ziel der hessischen Sozialdemokraten erhoben. Im vorigen Jahr hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Gymnasien die Wahlfreiheit eröffnet, und zwei Drittel der hessischen Gymnasien sind danach zu G9 zurückgekehrt. Die neue schwarz-grüne Koalition in Hessen bleibt bei dieser Linie.

- Niedersachsen verkündet heute die generelle Rückkehr zu G9 an den Gymnasien; Ministerpräsident Stefan Weil erklärt, es sei nicht hinnehmbar, dass Schüler bei G 8 längere Arbeitszeiten hätten als ihre Eltern.

Und was machen die Regierenden in Schleswig-Holstein? Angesichts der Entwicklung in den anderen Ländern gerät die Küstenkoalition in Erklärungsnot.

Sie muss begründen, weshalb Schleswig-Holstein in der Bildungspolitik ein sozialdemokratisches Albigistan mit eigenen Stammesgesetzen bleiben soll.“